



„Senioren sind verpflichtet, Potenziale einzusetzen“

**Der frühere CSU-Politiker Alois Glück am 5. Juni beim Club La Redoute.
Plädoyer für Energiewende und neue Familienpolitik**

Wenn der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) einen Vortrag hält mit dem Titel „Warum wir uns ändern müssen“, dann könnte er dies etwa auf Veränderungen in der Kirche beziehen. Er könnte wiederholen, was er jüngst sagte, dass sich die Kirche bewegen müsse, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und dass das nicht mit Selbstgerechtigkeit, sondern nur im Dialog mit den Gläubigen funktioniere.

Doch Alois Glück, der ZdK-Präsident, hatte gestern beim Internationalen Club La Redoute im Rheinhotel Dreesen nicht die Kirche im Sinn. Dem Mitglied der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ ging es um Zukunftsstrategien für die Gesellschaft im allgemeinen sowie die Energiewende und eine nachhaltige Familienpolitik im besonderen. Glücks These: „Die Energiewende ist das anspruchsvollste politische Projekt seit der Wiedervereinigung.“ Scharfe Kritik übte der 71-jährige, der 38 Jahre im bayrischen Landtag saß, an der Bundesregierung, die den „kardinalen Fehler“ gemacht habe, die Laufzeit der Atommeiler zu verlängern. „Sie hat damit ihr Energiekonzept im Vorhinein diskreditiert und so die Polarisierung in der Gesellschaft ausgelöst.“

Deutschland hat nach Glücks Meinung in der Abkehr von der Atomkraft weltweit eine große Verantwortung. „Wenn die Energiewende bei uns gelingt, weil Politik und



v.l.: Prof. Langguth, Alois Glück

Gesellschaft dahinterstehen, ist das ein Riesen-Signal dafür, dass es auch ohne Kernenergie und fossile Brennstoffe geht.“ Wenn nicht, dann sei das „eine Riesen-Entmutigung für die Welt“.

Für die Gesellschaft hierzulande mahnte Glück eine „Kultur der Verantwortung“ an. Es dürfe nicht sein, dass immer mehr Menschen psychisch erkrankten, weil sie mit den Bedingungen ihres Lebens nicht mehr klarkommen. Ja, es seien Zweifel angebracht an der bisherigen Art, den Fortschritt fast ausschließlich über Wachstum zu definieren. Konkret nannte er die Familienpolitik. Sie müsse „aus der Schublade der Sozialpolitik“ herausgeholt werden. Alle Politikbereiche vom Verkehr bis zur Bauleitplanung müssen ständig dahingehend überprüft werden, ob Familien und dadurch die Gesellschaft gestärkt werden.

Kritisch setzte sich Glück mit seiner Generation auseinander. Sie habe eine so große Chance auf einen langen dritten Lebensabschnitt wie keine andere zuvor. Daher sei sie verpflichtet, sich nicht zurückzulehnen, sondern ihre Potenziale einzusetzen. „Die Verpflichtung endet nicht mit dem Eintritt ins Rentenalter“, sagte Glück. Er hätte hinzufügen können, dass er selbst es so gemacht hat und sich 2009, ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, bei der Wahl des ZdK-Präsidenten in die Pflicht nehmen ließ. Aber die Kirche war an diesem Abend nicht sein Thema.

Von Bernd Eyermann, Generalanzeiger 06.06.2011

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

Richterin Renate Jaeger am 26.05.2011 vor dem Internationalen Club La Redoute

Prof. Dr. Renate Jaeger gab dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte "ein Gesicht", wie der Vizepräsident des Clubs, Dr. Eberhard Kölsch, als Moderator zusammenfasste.

"Der Gerichtshof mischt sich überall ein", machte Renate Jaeger klar. Es gilt, die Menschenrechte von 800 Millionen Europäern zu schützen. Das 1959 vom Europarat gebildete Hohe Gericht hat seinen Sitz in Straßburg. Es kann sowohl von den 47 Mitgliedsstaaten als auch von jedem einzelnen Staatsbürger angerufen werden. Renate Jaeger war zehn Jahre Bundesverfassungsrichterin und von 2004 bis 2010 die deutsche Richterin am Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte.

In jüngster Zeit hat sich der Gerichtshof wiederholt tadelnd in die deutsche Rechtsordnung eingemischt. Renate Jaeger: "Wir haben besonders die nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung für verurteilte Straftäter massiv beanstandet." Daraufhin werden derzeit in der Bundesrepublik die Gesetze und die Praxis der Sicherungsverwahrung geändert.

Auch in das Familienrecht (Sorgerecht von Vätern), in den Schutz der Privatsphäre und damit in die Pressefreiheit und

in die überlangen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht haben die europäischen Menschenrechtsschützer eingegriffen. Demnächst geht es um das Verbot der aktiven Sterbehilfe.

Warum Bürger und Regierungen oft jahrelang auf die Urteile des höchsten europäischen Gerichts warten müssen, erklärte Renate Jaeger mit kulturellen und politischen Besonderheiten, mit uneinheitlichen Rechtssystemen in den 47 Ländern und vor allem mit Sprachschwierigkeiten. 35 Nationalsprachen und zwei Amtssprachen, Englisch und Französisch, behinderten die Verständigung.

Deutsch als dritte Amtssprache, wie aus dem Auditorium heraus gewünscht wurde? Antwort der deutschen Richterin: "Ich klatsche da nicht mit. Mit Deutsch wird nichts gewonnen." Jochen Hildesheim



Prof. Jäger Bilder: Foto Klein

Frage: Eine Vereinigung wie der Internationale Club La Redoute kann nur existieren, wenn genügend Bereitschaft unter den Mitgliedern vorhanden ist, den Club in Eigenregie zu führen. Die Arbeit im Präsidium ist ehrenamtlich. In der letzten Jahresmitgliederversammlung wurden Sie, Herr Kölsch, zum Vizepräsidenten gewählt. Was kommt da auf Sie zu?

Antwort: Also, der Club hat ja zwei Vizepräsidenten, einen politischen und einen wirtschaftlichen. Ich sehe meine Aufgabe eher im politischen Bereich. Eine Hauptaufgabe ist die Nutzung des Netzes von Kontakten, das man mitbringt, um interessante Gastredner für die Clubveranstaltungen zu werben. Und da ist auch schon vieles gelungen. Wir konnten zum Beispiel Renate Jäger, bis 2010 Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, gewinnen. Ich kenne sie aus meiner Zeit beim Europarat. Sie und einige andere Referenten konnte ich bereits einwerben.



Dr. Kölsch im Gespräch mit Frau Monika Piel, Intendantin des WDR
Bild: Foto Klein

F.: Sie sind promovierter Politologe und kamen 1972 in das Auswärtige Amt. Sie waren unter anderem in New York bei den Vereinten Nationen und Botschafter in Mexiko. 2006 wurden Sie Ständiger Vertreter Deutschlands beim Europarat in Straßburg. Konrad Adenauer hat bei jeder Gelegenheit nachdrücklich gefordert: "Europa muss geschaffen werden!"

A.: Man muss sich immer wieder klar machen, dass es verschiedene Europas gibt. Wir neigen leider dazu, Europa auf die Europäische Union zu verkürzen. Ich habe während meiner Zeit beim Europarat gelernt, dass Europa nicht nur aus 27, sondern in der Definition des Europarates aus 48 Staaten besteht, von denen 47 – alle mit Ausnahme von Weißrussland – Mitglied des Europarates sind. Und dieser Europarats-Raum ist zu einem Gebiet zusammengewachsen mit 800 Millionen Bürgern, deren Staaten sich verpflichtet haben, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Auf diesem Gebiet wurde in den letzten 50 Jahren und insbesondere in den zwanzig Jahren seit Ende des Kalten Krieges unheimlich viel erreicht. Ich habe in meiner Zeit beim Europarat von 2006 bis 2009 viel dazugelernt und erkannt, welche große Bedeutung der Europarat als erste europäische politische Organisation seit 1949 als Anker für das Bemühen der europäischen Länder zur Festigung demokratischer Normen hatte. Mit dem fortschreitenden Erfolg der europäischen Einigung stoßen wir freilich immer wieder auf neue, nicht voraussehbare Herausforderungen. Bei der Schaffung neuer europäischer Institutionen in der Union befinden

wir uns derzeit – mehr noch als früher – im Widerstreit zwischen dem Wunsch nach Fortentwicklung der Verträge einerseits und dem persönlichen Beharrungsvermögen der nationalen Amtsträger andererseits. Viele sind nicht bereit, ihre nationalen Befugnisse aufzugeben und Kompetenzen nach Brüssel zu delegieren.

F.: Sie sagten, die Bündnisse EU und NATO lägen Ihnen besonders am Herzen. Werden Sie Glanz und Elend der Systeme auch künftig thematisieren?

A.: Ich halte es für wichtig, dass wir uns bewusst werden, was es heißt, „Europäer“ oder auch „Atlantiker“ zu sein. Das Lippenbekenntnis ist einfach, aber das Handeln und die finanzielle Verantwortung müssen damit im Einklang sein. Wenn wir glaubwürdig sein wollen, dann müssen wir als „Atlantiker“ und „Europäer“ auch die entsprechenden Beiträge leisten und die Lasten tragen, welche das Bündnis und die Union uns abverlangen.

F.: Wann wird die Redoute uns irgendwann als Tagungsort wieder zur Verfügung stehen?

A.: Die Stadt Bonn ist dabei die Redoute zu renovieren. Die Ausschreibung für eine neue Pacht ist in diesen Tagen abgeschlossen worden, und man wird spätestens im September erfahren, wer künftig die Bewirtschaftung übernehmen wird. Die Perspektive ist, dass wir noch in diesem Herbst in die Redoute zurückkehren.

F.: Jeder Club blüht und gedeiht, wenn sich Nachwuchs einstellt. Damit hapert es im IC. Der Altersdurchschnitt der 760 Mitglieder liegt bei 65 Lebensjahren, was unübersehbar ist. Präsident Langguth hat angeregt, auf junge Leute zuzugehen, sie für eine Mitgliedschaft zu erwärmen. Hat das schon etwas gebracht?

A.: Da werden viele Überlegungen angestellt, aber das Ganze ist kein ganz leichtes Unterfangen. Wenn man sich einmal umschaute - auf der Straße oder bei anderen Vereinen oder bei Großveranstaltungen allgemein - dann wird deutlich: Wir sind ein Land mit vielen alten Leuten. Ich war immer überrascht, wenn ich aus dem jungen Mexiko kommend, wo ich als Botschafter stationiert war, in Frankfurt landete, wie viel alte Menschen da unterwegs waren. Umgekehrt schienen beim Rückflug in Mexiko sämtliche Großfamilien der Millionenstadt mit all ihren Kindern die rückkehrenden Familienmitglieder zu begrüßen.

Auch ist es hierzulande nicht nur aus demographischen Gründen nicht ganz einfach, junge Leute für den IC zu aktivieren. Wir wollen nach Möglichkeit junge Leute, die freilich schon gesellschaftliche und berufliche Verantwortung tragen sollten. Diese müssen mit ihrer Zeit zwischen Familie, Beruf und Muße haushalten. Zusätzlich stehen diese aufstrebenden Führungskräfte heute jedoch in einem globalen Wettbewerb, der sie unter Druck setzt. Das erschwert die Anwerbung Jüngerer als Mitglieder.

Den Altersdurchschnitt im Club sollten wir aber nicht nur als Nachteil sehen. Ich beobachte immer wieder, wie fasziniert die Redner nach ihrem Vortrag bei Frage- und Antwort auf Wissen und Erfahrung unserer Mitglieder reagieren. Wenn ich an den Abend mit dem Bundestagspräsidenten Lammert oder an andere Veranstaltungen denke, da haben es die Redner – selbst wenn sie noch eine weite Rückreise in der Nacht vor sich haben – gar nicht eilig, wegzukommen. Sie genießen es sichtlich, noch im kleinen Kreis bei einem Glas Wein weiter zu diskutieren. Und das ist doch ein großes Kompliment an unserem Club und seine Mitglieder! Wolfgang Wiedemeyer

† Dr. Oskar von Siegfried (1920 – 2011)



Dr. Oskar von Siegfried

Wir trauern um unseren früheren Generalsekretär, Generalkonsul a.D. Dr. Oskar von Siegfried, der die Geschichte unseres Vereins in den Jahren 1985 bis 1997 maßgebend bestimmte. Sein unermüdlicher Einsatz für die Pflege fruchtbarer Kontakte zwischen Bürgern und Amtsträgern in Bonn und den Leitern und Mitarbeitern der hiesigen fremden Missionen wurde durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse gewürdigt. Der Club ernannte ihn zum Ehrenmitglied, in den Beirat war er als ständiger Gast geladen. Dem Johanniterorden gehörte er als Rechtsritter an.

Oskar v. Siegfried, 1920 in Vorderwalde in Ostpreußen geboren und dort aufgewachsen, trat nach dem Abitur 1939 in das Infanterie - Regiment 1 ein und überlebte den 2. Weltkrieg ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse, zuletzt als Oberleutnant an der Ostfront. Im Januar 1945 schwer verwundet, gelang ihm mit Familien- und Gutsangehörigen Anfang Februar die Flucht über das zugefrorene Frische Haff. Nach Ende des Krieges absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre in Niedersachsen und konnte 1950 das Studium der Landwirtschaft in Stuttgart-Hohenheim als Diplomlandwirt abschließen. An der Universität Bonn wurde er 1956 zum Dr. agr. promoviert.

1950/51 arbeitete er zunächst als wissenschaftliche Hilfskraft beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und von 1951 – 1959 als Referent bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln. 1959 wechselte Dr. v. Siegfried in den Auswärtigen Dienst und trat seinen ersten Auslandsposten an der Deutschen Botschaft in Colombo / Ceylon an. 1964 wurde er in die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes in Bonn versetzt. Von 1969 – 72 war er Wirtschaftsattaché an der Bilateralen Botschaft in Brüssel / Belgien mit anschließender Verwendung als Stellv. Leiter der Botschaft in Luxemburg. Von 1977 – 1980 leitete er das Referat Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin und von 1980 – 1985 leitete er bis zu seiner Pensionierung das Generalkonsulat in Chicago / USA.

Herr v. Siegfried hat, geistig frisch bis zuletzt, weiterhin am Clubleben rege Anteil genommen und stand seinen Nachfolgern und dem Beirat stets mit wertvollen Anregungen zur Verfügung. Seine Familie bedeutete ihm viel. Nach der früh verstorbenen Mutter seiner vier Kinder, geb. Marie-Elisabeth Freiin v. Canstein, stand ihm in den letzten Lebensjahrzehnten seine allseits beliebte Ehefrau Merle, geb. Freiin v. der Recke, zur Seite. Umgeben von seinen engsten Angehörigen ist er am 4. Juni 2011 in seinem Haus in Bad Godesberg friedlich entschlafen.

Wir Clubmitglieder, die wir ihn viele Jahre hindurch als aufrechten, immer bescheidenen, stets hilfsbereiten und so überzeugend liebenswürdigen Edelmann erlebten, werden ihn nicht vergessen. *Mario Graf v. Matuschka*

Reflexionen nach der Myanmar – Reise vom 01. – 15. 03. 2011

Die Reise nach Myanmar wirft die Frage auf, wie dieses sympathische Land mit seiner begabten Bevölkerung aus dem politischen Abseits wieder heraus und Anschluss an eine moderne Entwicklung finden könne. In dem vom Buddhismus geprägten Land wird das Militärregime nach 40-jähriger Herrschaft weithin als Garant der nationalen Einheit und von Ordnung und Stabilität hingenommen. Auch seine Kritiker sehen zu ihm angesichts schwacher politischer und gesellschaftlicher Strukturen keine Alternative; die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi hat durch den Boykott der Parlamentswahl im November Anhänger verloren und erscheint als *spent force*. Viele setzen darauf, dass das Regime nach der Wahl Schritte der Demokratisierung einleiten wird; die soeben erfolgte Umwandlung der Junta in eine Zivilregierung, wenngleich noch mit Ex-Militärs als Mitgliedern, ist ein erstes Zeichen.

Dank großer natürlicher Ressourcen und fleißiger Menschen hat Myanmar das Potential, die Stagnation zu überwinden. Schon vor Ne Wins sozialistischer Revolution hatte es mit Agrarexporten und einer kleingewerblichen, von Auslandsinvestitionen gestützten Exportindustrie bescheidenen Wohlstand geschaffen, der durch spätere Misswirtschaft stranguliert wurde. Chinas erwachendes Interesse an Myanmars Erdgasvorkommen und am Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur weckt in der Bevölkerung große Hoffnungen auf neues Wirtschaftswachstum. Für Deutschland und EU stellt sich die Frage, ob die jetzige Boykottpolitik noch angemessen ist. Die Menschenrechtsverletzungen, die sie auslösten, liegen Jahre zurück; es ist an der Zeit, über eine Exit-Strategie nachzudenken. Nach Befriedung der Irredenta im Nordosten, der Novemberwahl und dem Rückhalt, den es in China, Russland und Indien findet, scheint das Militärregime so gestärkt, dass es zum kritischen Dialog mit der EU bereit sein dürfte. Der Versuch erscheint sinnvoll, ihm gegen Freilassung der politischen Gefangenen der 2007er Unruhen die Rücknahme einzelner Sanktionsmaßnahmen anzubieten und damit einen Prozess der Normalisierung der politischen



Unsere Reisegruppe

Foto: Margit Engels

und wirtschaftlichen Beziehungen einzuleiten. Auch mit China, Vietnam und Kambodscha unterhält die EU trotz großer Menschenrechtsdefizite konstruktive Beziehungen; der derzeitige Doppelstandard gegenüber Myanmar lässt sich nicht länger überzeugend begründen. Letztlich schadet sich Europa durch die Boykottpolitik selbst; weithin wird sie für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich gemacht; während Deutschland früher hohes Ansehen genoss, gelten heute China und Russland als die neuen Freunde; ihr Engagement trägt lukrative Früchte bei der Ausbeutung der Erdgasvorkommen und dem Aufbau der Infrastruktur sowie der kulturellen Präsenz im Lande. Noch ist es nicht zu spät, durch Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und der Entwicklungshilfe die Position Europas in Myanmar neu zu festigen und im Interesse der Menschen des Landes zu seinem Aufstieg beizutragen. Eine Mehrung des Wohlstands in Myanmar wäre, wie das Beispiel China zeigt, zugleich die

Vom Wut zum Wahlbürger: Norbert Lammert

Norbert Lammert knöpft sich die Koalition und die Stuttgart -21- Gegner vor.

Da er bekanntlich ein Freund des klaren Wortes ist, verzichtete Norbert Lammert nicht darauf, wenigstens einen unfreundlichen Gruß aus der Bundesstadt in die Bundeshauptstadt zu senden. Adressat: die schwarz-gelbe, ins Taumeln geratene Koalition.

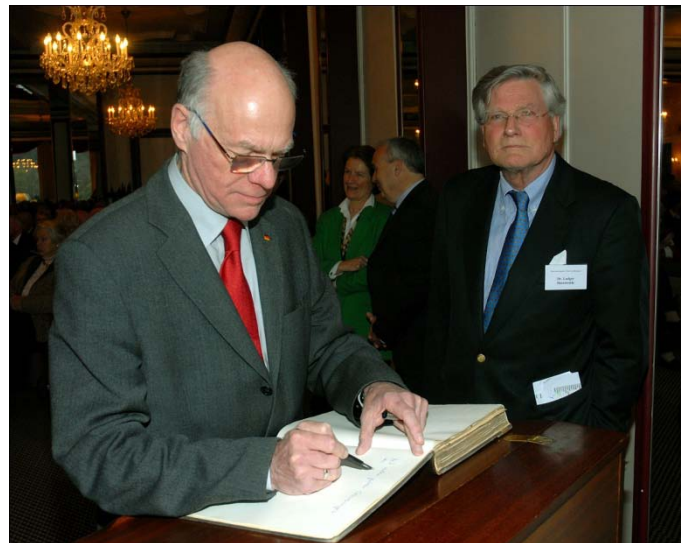
Wie konnte man, fragte der Bundestagspräsident vor interessiertem Publikum im Rheinhotel Dreesen, eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke beschließen, ohne dies auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen? Hatte die Bundesregierung vielleicht angenommen, dass in den nächsten 40 Jahren keine Wahlen mehr stattfinden würden? Oder - "noch unwahrscheinlicher", wie Lammert pointiert hinzufügte - hatte man vielleicht geglaubt, die kommenden zehn Wahlen gewinnen zu können, alle hintereinander weg? Mit anderen Worten: Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg war programmiert, "weil man die Neigung zum Widerspruch in den Entscheidungsprozess eingebaut hatte", so Lammert, weil man den Willen des schon vor Fukushima atomkraft-

Wiedereröffnung der Redoute im Oktober?

Oberbürgermeister Nimptsch sagte mir, es gäbe gute Bewerber für den Betrieb der Redoute. Der Stadtrat werde in Kürze entscheiden, mit wem verhandelt werden soll. (LB)

kritischen Volkes nicht beachtet hatte. "Das erklärt zu einem großen Teil die Wahlergebnisse vom Sonntag."

Vor allem in Baden-Württemberg war aus dem "Wutbürger" ein Wahlbürger geworden, was sich auch in einer relativ hohen Wahlbeteiligung ausdrückte. Das muss einen CDU-Politiker wie Lammert nicht freuen - aber den Bundestagspräsidenten eigentlich schon, oder? Lammert, vom Internationalen Club La Redoute eingeladen, zum Thema "Demokratie zwischen Apathie und Protest" zu referieren, gab eine überraschende Antwort, die für ein leichtes Murren im Saal sorgte: Wer sich über sinkende Wahlbeteiligungen beklage, übersehe, dass sie "Ausdruck einer grundsätzlichen Zufriedenheit des Volkes mit den allgemeinen Verhältnissen" seien. Und: Wer wählen gehe, glaube noch lange nicht, dadurch Politik konkret beeinflussen zu können. Im Widerstreit zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie entscheide sich der Wut-



Bundestagspräsident Prof. Lammert

Bild: Foto Klein

bürger im Zweifel für erstere. Das freilich kann einem Parlamentspräsidenten nun gar nicht gefallen.

Lammert verdeutlichte seine Kritik am Beispiel "Stuttgart 21". Hier hätten demokratisch legitimierte Mehrheiten in einem jahrelangen Prozess eine Entscheidung herbeigeführt. Und nun lasse es eine Protestbewegung auf eine Kraftprobe zwischen Volk und Regierung ankommen. Motto: Wir sind das Volk, wir sind der Souverän. Doch schon bei der sogenannten Schlichtung mit Heiner Geißler mussten ausgerechnet jene Demonstranten, die nicht viel von der repräsentativen Demokratie halten, selbst Repräsentanten in die Verhandlungen schicken. "Waren diese etwa demokratisch besser legitimiert als die gewählten Volksvertreter?" Und was passiere eigentlich, wenn das Demokratie- mit dem Rechtsstaatsprinzip in einen Konflikt gerate? Lammert verzichtete nicht darauf, den Stuttgart 21 Gegnern folgenden Satz ins Stammbuch zu schreiben: "Der Rechtsstaat garantiert die Grundrechte, nicht das Demokratieprinzip." *A. Marinos, Generalanzeiger vom 31.03.2011*

Zur Systemrelevanz der Kultur

Vor unserer Mitgliederversammlung am 5. Mai im Kunstmuseum der Stadt Bonn hat Intendant **Prof. Dr. Stefan Berg** ein eindrucksvolles Plädoyer für die Kultur gehalten und die Alleinstellungsmerkmale seines Hauses verdeutlicht.

Sein Vortrag wird in Kürze in einem Sammelband veröffentlicht und dann interessierten Mitgliedern zur Verfügung stehen. (LB)